Drohnen im Visier: Nimmt der Bundesgerichtshof der Panoramafreiheit den Wind aus den Rotorblättern?

Miel Niemann

Drohnen haben in den letzten Jahren eine erstaunliche Popularität erlangt, da sie Fotografen völlig neue Perspektiven ermöglichen. Doch beim Fotografieren stellt sich oft auch die rechtliche Frage: Darf man diese Werke einfach mit einer Drohne ablichten? Hier kommt die „Panoramafreiheit“ ins Spiel, eine der ältesten Schranken des Urheberrechts. In seiner Entscheidung vom 23. Oktober 2024 entschied der Deutsche Bundesgerichtshof¹ erstmals, dass von Drohnen aufgenommene Lichtbildaufnahmen nicht von der Schranke der Panoramafreiheit gedeckt und mithin urheberrechtswidrig sind. Auch in Österreich könnte dies zu einer Neubewertung der Panoramafreiheit (hier auch „Freiheit des Straßenbildes“ genannt) führen, sodass sich die Frage stellt: Droht der Panoramafreiheit nun ein „Sinkflug“?

Der Entscheidung des BGH liegt ein übersichtlicher Sachverhalt zu Grunde

Bei der Klägerin handelte es sich um einen rechtskräftigen Verein, dessen satzungsmäßiger Zweck in der treuhänderischen Wahrnehmung der Nutzungs- und Vervielfältigungsrechte von Urheber:innen und Leistungsschutzberechtigten visueller Werke, wie zum Beispiel Lichtbildaufnahmen, bestand.² Die Beklagte veröffentlichte im Jahr 2016 als Inhaberin eines Buchverlags das von Wolfgang Berke verfasste Buch „Über alle Berge – Der definitive Haldenführer Ruhrgebiet 2.0“. In diesem Buch waren mittels einer Drohne gefertigte Luftbildaufnahmen von sich im Ruhrgebiet befindlichen Kunstinstallationen abgedruckt.³

Die Klägerin rügte daraufhin, die Bildveröffentlichungen seien urheberrechtswidrig, indem sie gegen die Vervielfältigungs- und Verbreitungsrechte der Urheber verstießen.⁴ Der BGH bestätigte die Revisionsentscheidung des OLG Hamm⁵ und urteilte, dass die mittels einer Drohne angefertigten Lichtbildaufnahmen nicht unter die Schrankenregelung der Panoramafreiheit in § 59 Abs. 1 deutsches Urhebergesetz („dUrhG“) fallen und die Veröffentlichungen mithin urheberrechtswidrig waren.⁶

Auf den Blickwinkel kommt es an

Der zentrale Punkt der Entscheidung des BGH besteht in der Reichweite der Auslegung der Panoramafreiheit nach § 59 Abs. 1 dUrhG. Nach dieser ist es zulässig, Werke, die sich bleibend an öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen befinden unter anderem durch Lichtbild zu vervielfältigen, zu verbreiten und öffentlich wiederzugeben.

Der BGH verneinte die Anwendung des § 59 Abs. 1 dUrhG im vorliegenden Fall mit der Begründung, die Panoramafreiheit schütze nicht die Abbildung von Werken aus jeder beliebigen Perspektive. Wurde ein Werk etwa in der Öffentlichkeit installiert und dient damit der Allgemeinheit, sollen auch nur solche Darstellungen und Aufnahmen von § 59 Abs. 1 dUrhG privilegiert sein, die von öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen aus gemacht wurden, an denen sich das Werk befindet, um die allgemein zugängliche Publikumperspektive abzulichten. Aufnahmen und Darstellungen, die unter Verwendung

¹ Fortlaufend BGH.

² BGH 23.10.2024, I ZR 67/23 Rn 1.

³ BGH 23.10.2024, I ZR 67/23 Rn 2; Im Konkreten: "Sonnenuhr mit Geokreuz" des Künstlers Jan Bormann, "Nachtzeichen" des Künstlers Klaus Nocolak, "Himmelstreppe", "Landmarke Geleucht" des Künstlers Otto Piene und "Spurwerkturm" des Künstlers Jan Bormann.

⁴ LG Bochum 18.11.2021, 8 O 97/21.

⁵ OLG Hamm 27.04.2023, 4 U 247/21.

⁶ BGH 23.10.2024, I ZR 67/23.

von Hilfsmitteln, wie etwa Drohnen, angefertigt wurden, geben gerade nicht diese allgemein zugängliche Publikumperspektive wieder und sind damit laut BGH auch nicht mehr von der Panoramafreiheit erfasst.⁷

Bringt die Möglichkeit, Kunstwerke aus der Luft zu fotografieren, somit auch eine neue Perspektive ins Urheberrecht?

Eher nicht. Die Entscheidung des BGH stellt kein Novum dar. Bereits im Jahr 2003 urteilte der BGH, dass Lichtbildaufnahmen, die vom im Jahr 1986 entstandenen Hundertwasser-Krawina-Haus in Wien aus dem ersten Stock eines Privathauses aufgenommen wurden, nicht der Perspektive entsprachen, die der Allgemeinheit auf der Straße zugänglich war und damit nicht der Panoramafreiheit unterlagen.⁸ Eine ähnliche Entscheidung des BGH erging ebenfalls im Jahr 2002 zur Verbreitung von Lichtbildaufnahmen des verhüllten Reichstags in Berlin.⁹

Mit seiner Entscheidung im Drohnen-Fall bleibt der BGH seiner Rechtsprechung somit treu. Dennoch ist der Begründung des Drohnen-Falls sowie den beiden vorhergegangenen Urteilen eine gewisse Spitzfindigkeit kaum abzusprechen. So ist die Anfertigung von Lichtbildaufnahmen mittels Drohnen heutzutage dank immer preiswerterer Modelle eine gängige Dokumentationsmethode und dient der Wahrnehmung der Informationsfreiheit des Werknutzers¹⁰ aus Art. 5 Abs. 1 S. 1 Var. 2 deutsches Grundgesetz. Unter der Informationsfreiheit versteht man hierbei die Freiheit, sich über Informationen durch Prozesse der Wahrnehmung, wie zum Beispiel durch Lesen, Schreiben oder Hören, zu unterrichten.¹¹ Die Begutachtung und Dokumentation eines Kunstwerkes zählt somit auch unter den sachlichen Schutzbereich der Informationsfreiheit. Es stellt sich also die Frage: Schränkt der BGH die Informationsfreiheit der Werknutzer:innen zu sehr ein?

Die Kunstwerke befinden sich schließlich in der Öffentlichkeit und sollen damit auch der Allgemeinheit dienen. Dies steht auch im Einklang mit dem Telos von § 59 Abs. 1 dUrHG, welcher die Einschränkung der Verwertungsmöglichkeit des Urhebers aufgrund des Aufstellens der Installation an einem Ort der Allgemeinheit legitimiert – das Kunstwerk ist dann in diesem Sinne Gemeingut geworden.¹² Mit seiner Entscheidung stellt sich der BGH auch gegen ein im Jahr 2020 durch das Landgericht Frankfurt am Main entschiedenes Urteil. Dieses sah Drohnen-Fotografien als von der Schrankenregelung der Panoramafreiheit umfasst an und begründete dies damit, dass die Benutzung des Luftraums grundsätzlich für jeden frei zugänglich ist.¹³

Ohne Ausgleich geht's nicht

Auch wenn der BGH in seiner Entscheidung zum Drohnenfall die Würdigung technologischer Neuerungen von Lichtbildaufnahmen und die Informationsfreiheit der Werknutzer auf den ersten Blick zu „überfliegen“ scheint, hält er sich durch seine Auslegung der Panoramafreiheit auf den zweiten Blick jedoch an das Gebot der Europarechtstreue aus Art. 4 Abs. 3 Vertrag über die Europäische Union („EUV“). Der BGH stützt seine Entscheidung hierbei auf die Umsetzung des Art. 5 Abs. 3 lit. h der Richtlinie 2001/29/EG („InfoSoc-Richtlinie“).¹⁴ Nach dieser ist es Mitgliedstaaten erlaubt, im nationalen Recht für die Nutzung von Werken, die dazu angefertigt wurden, an öffentlichen Orten installiert zu

⁷ Ibidem Rn 24 f.

⁸ BGH 5.6.2003, I ZR 192/00.

⁹ BGH 24.01.2002, I ZR 102/99.

¹⁰ Vgl. auch Art. 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention.

¹¹ Kulaga: Das Grundrecht der Informationsfreiheit in der Fallbearbeitung, JA 2021, 1003 (1005).

¹² Grübler: Keine allgemeine Panoramafreiheit für Drohnenaufnahmen, GRUR-Prax 2023, 373; Wiebke in: Spindler/Schuster, Recht der elektronischen Medien, 4. Auflage 2019, § 59 Rn 1.

¹³ LG Frankfurt am Main 25.11.2020, 2-06 O 136/20, MMR 2021, 266 (267) Rn 36.

¹⁴ BGH 23.10.2024, I ZR 67/23 Rn 26.

werden, Ausnahmen oder Beschränkungen in Bezug auf das Vervielfältigungsrecht und das Recht der öffentlichen Wiedergabe zu erlassen.

Mangels eines einheitlich definierten Begriffs der Panoramafreiheit, ermöglicht die InfoSoc-Richtlinie den Mitgliedstaaten somit nicht nur einen Umsetzungsspielraum im nationalen Urheberrecht, sondern auch eine gewisse Ermessensfreiheit in der Restriktion der Panoramafreiheit.¹⁵ Dies führt dazu, dass der Panoramabegriff in den einzelnen Mitgliedstaaten nicht einheitlich definiert wird.¹⁶ In Österreich regelt zum Beispiel § 54 Abs 1 Z 5 österreichisches Urheberrechtsgesetz („öUrhG“) den Panoramabegriff.¹⁷ Anders als in Deutschland sind hier nach der Entscheidung des OGH im Fall „Adolf-Loos-Werke“ auch Innenansichten – jedoch nur bezogen auf die Architektur eines Gebäudes – von der Panoramafreiheit erfasst.¹⁸ Diese unterschiedliche Auslegung des Panoramabegriffs zwischen Deutschland und Österreich zeigt somit, dass es eine unterschiedliche Rechtslage zwischen den Mitgliedstaaten gibt.¹⁹

Das Restriktionsermessen der Mitgliedstaaten findet jedoch seine Grenzen in Art. 5 Abs. 5 InfoSoc-Richtlinie.²⁰ Im konkreten Fall ist demnach ein schonender Ausgleich zwischen der Informationsfreiheit der Werknutzer und dem berechtigten Interesse der Urheber an der wirtschaftlichen Nutzung ihrer Werke herzustellen.²¹ Diesen Interessenausgleich entschied der BGH zugunsten des Urhebers des Werkes. Das wirtschaftliche Interesse des Urhebers überwiegt laut BGH, wenn der Werknutzer Schutzmaßnahmen des Urhebers, wie zum Beispiel Hecken oder Zäune, überwinden muss oder, wenn – wie bei einer Drohnenutzung – Hilfsmittel beim Fotografieren zum Einsatz kommen.²² Wenngleich die Überwindung von Schutzmaßnahmen als Abgrenzung zur Vornahme des Interessenausgleichs durchaus nachvollziehbar ist – schließlich wäre der Zweck der Schutzmaßnahmen sonst hinfällig – ist die Ausweitung des BGH auch auf Hilfsmittel nur schwer zu verstehen. Bei der Aufnahme aus dem ersten Stock eines privaten Hauses handelt es sich, wie der BGH im „Hundertwasser-Krawina-Fall“ feststellte, verständlich nicht um eine Aufnahme, welche die allgemein zugängliche Publikumperspektive darstellt. Die Benutzung von Drohnen ist mittlerweile jedoch so alltäglich geworden, dass diese grundsätzlich von jedem benutzt und eingesetzt werden können. Somit wäre nach der Ansicht des BGH damit selbst die Zuhilfenahme eines Selfie-Sticks bei der Anfertigung von Aufnahmen nicht mehr von der Panoramafreiheit erfasst. Diese enge Auslegung des Panoramabegriffs macht Werknutzern die Abgrenzung zwischen dem Erlaubten und dem rechtlich Verbotenen folglich nicht einfach. Es spricht somit Vieles dafür, den Panoramabegriff des deutschen Urheberrechts im Lichte der Entwicklung neuer Technologien etwas zu weiten.

¹⁵ Ibidem Rn 30.

¹⁶ BGH: Urheberrechtlich unzulässige Bildaufnahme mittels Drohne - Über alle Berge, NJW 2025, 255 Rn 30.

¹⁷ § 54 Abs 1 Z 5 öUrhG 2015: Werke der Baukunst nach einem ausgeführten Bau oder andere Werke der bildenden Künste nach Werkstücken, die dazu angefertigt wurden, sich bleibend an einem öffentlichen Ort zu befinden, zu vervielfältigen, zu verbreiten, durch optische Einrichtungen öffentlich vorzuführen, durch Rundfunk zu senden und der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen; ausgenommen sind das Nachbauen von Werken der Baukunst, die Vervielfältigung eines Werkes der Malkunst oder der graphischen Künste zur bleibenden Anbringung an einem Orte der genannten Art sowie die Vervielfältigung von Werken der Plastik durch die Plastik.

¹⁸ Vgl. Oberster Gerichtshof 12.09.1989, 4 Ob 106/89 "Adolf Loos-Werke"; OLG München, Konträre Rechtslagen in Deutschland und Österreich zur Straßenbildfreiheit, GRUR 2005, 1038 (1039); Riecken, Schutzgüter in der Filmkulisse (2011) 104.

¹⁹ OLG München, Konträre Rechtslagen in Deutschland und Österreich zur Straßenbildfreiheit, GRUR 2005, 1038 (1040).

²⁰ Art. 5 Abs. 5 Richtlinie 2001/29/EG: Die in den Absätzen 1, 2, 3 und 4 genannten Ausnahmen und Beschränkungen dürfen nur in bestimmten Sonderfällen angewandt werden, in denen die normale Verwertung des Werks oder des sonstigen Schutzgegenstands nicht beeinträchtigt wird und die berechtigten Interessen des Rechtsinhabers nicht ungebührlich verletzt werden.

²¹ BGH 23.10.2024, I ZR 67/23 Rn 28, 31 f.; Lutz, Grundriss des Urheberrechts (2009) Rn 361.

²² BGH 23.10.2024, I ZR 67/23 Rn 32.

Zwar gibt es in Österreich noch keine spezifische Rechtsprechung zu Drohnenaufnahmen und deren urheberrechtlicher Bewertung und auch der Panoramabegriff wird – wie bereits erläutert – etwas weiter definiert als im deutschen Recht. Die europäische Harmonisierung des Urheberrechts und die Pflicht der Mitgliedstaaten zur Schaffung eines schonenden Interessenausgleichs nach Art. 5 Abs. 5 InfoSoc-Richtlinie könnte aber zu einer ähnlichen Entwicklung führen, wie sie in Deutschland bereits stattgefunden hat. Gerichte könnten also in der Zukunft die Entscheidung des BGH als Orientierungshilfe verwenden, wenn sie mit ähnlichen Fragen im Urheberrecht konfrontiert werden.

Höhenflug für den Urheberschutz – Fotopause für die Drohnen

Mit seiner Entscheidung vom 23. Oktober 2024 setzt der BGH abermals ein klares Zeichen für den deutschen Urheberrechtsschutz. Wenngleich dies manchen den künftig geplanten Drohnenflug madig machen könnte, zeigt sich der BGH mit seiner Rechtsprechung nichtsdestoweniger im Einklang mit einer europarechtskonformen Auslegung des § 59 Abs. 1 dUrhG. Diese Entscheidung hat zwar keine direkten Auswirkungen auf das österreichische Urheberrecht, eine Übernahme der engen deutschen Sichtweise durch österreichische Gerichte ist aber nicht ausgeschlossen. Fest steht somit: Das Urteil des BGH ist kein Endpunkt, sondern vielmehr ein Ausgangspunkt für eine überfällige Debatte über die Zukunft der Panoramafreiheit im digitalen Zeitalter – sowohl im deutschen als auch im europäischen Urheberrecht.

VALC Tipp

Drohnen sorgen zum Glück nicht nur in der Rechtswelt für Aufsehen, sondern begeistern zu Weilen auch selbst als „Künstler“ in Drohnenshows. Wer gerne tiefer in die technische und künstlerische Welt der Drohnen eintauchen möchte, kann dies am 10. Mai 2025 auf dem Drohnenfestival „Anras 2025“ in Tirol machen. Hier gibt es neben spannenden Vorträgen und Ausstellungen auch beeindruckende Flugshows zu bestaunen.